

# 1. MAI ZEITUNG

## Für eine revolutionäre Perspektive

### Soziale Kämpfe

Klassenauseinandersetzungen in der BRD

1

### Flucht & Migration

Solidarität statt rassistischer Hetze

3

### International

Straßenkämpfe in Bosnien-Herzegowina

4

### Imperialismus

100 Jahre Beginn des 1. Weltkriegs

6

### Repression

Rückblick auf die Proteste in Hamburg

7

Am 1. Mai gehen weltweit Millionen Menschen auf die Straße. Überall demonstrieren sie gegen eine Welt des Kapitals, in der alles nach den Profitinteressen einer kleinen herrschenden Minderheit ausgerichtet ist. Kriege, Armut, Umweltzerstörung und Diskriminierung sind die Kennzeichen des weltweiten Kapitalismus. Dagegen wenden wir uns am traditionellen Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter und tragen gleichzeitig unsere Forderung nach einer solidarischen Gesellschaft auf die Straße.

Auch 2014 gibt es in verschiedenen Städten wieder antikapitalistische Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai, zu denen die Gruppen, die diese Zeitung herausgeben, aufrufen.

Die 1. Mai-Zeitung will weiterführende Informationen zu aktuellen sozialen und politischen Kämpfen liefern, die in den Mobilisierungen thematisiert werden.

## Als Klasse kämpfen!



Links: Monatelang kämpften 2013 die KollegInnen im Einzelhandel um den Erhalt ihres Manteltarifvertrags. Mitte: Streiksolidarität im Fußballstadion. Rechts: Belgische Arbeiter protestieren vor der Fordzentrale in Köln gegen die Schließung ihres Werkes

Der 1. Mai ist seit mehr als 120 Jahren der internationale Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter. Dieser Tag erinnert an den 1. Mai 1886, als eine Streikkundgebung in Chicago, bei der die Einführung des 8-Stunden-Tags eine zentrale Forderung war, von der Polizei brutal angegriffen wurde. Mehrere Tote und hohe Gefängnisstrafen für Überlebende des Massakers machten schon damals deutlich, auf wessen Seite die bürgerliche Staatsgewalt steht.

### Der 1. Mai ist seitdem weltweit der Kampftag der Arbeiterinnen- und Arbeiterklasse...

Aber ist das heute noch aktuell? Sind Klassen nicht ein Merkmal längst vergangener Zeiten? Nein, denn wir leben noch immer im Kapitalismus und damit auch in einer Gesellschaft, in der sich zwei Klassen mit entgegengesetzten Interessen gegenüberstehen. Mit „Klassen“ ist die Einteilung der Gesellschaft in Bevölkerungsteile mit unterschiedlichen Rollen gemeint. Die Grundfrage ist: wer besitzt Zugang zu den gesellschaftlichen Reichtümern, kann über sie verfügen und daraus Einfluss geltend machen.

Die Spaltung der Gesellschaft in Kapitalistenklasse und Proletariat ist alltägliche Wirklichkeit und gerade in den letzten Jahren klafft dieser Klassenwiderspruch immer offensichtlicher auf. Arbeitslosigkeit, unsichere und unterbezahlte Arbeitsverhältnisse und der Abbau staatlicher Sozialleistungen prägen die soziale Lage im Land. Während feste und tariflich abgesicherte Arbeitsverhältnisse stetig abgebaut werden, nehmen Einstellungen über Leiharbeitsfirmen, in Form von Werkverträgen, als Teilzeit- oder Minijobs deutlich zu. Inzwischen sind 23 % aller Arbeitsver-

hältnisse in der BRD als prekär einzuordnen. Die Konsequenzen sind bekannt: das Lohnniveau sinkt, die Konkurrenz zwischen den ArbeiterInnen nimmt zu und das gemeinsame Handeln wird enorm erschwert. Diejenigen, die überhaupt keine Arbeit mehr finden, sind auf immer magerere staatliche Leistungen angewiesen. Sie werden dabei von Ämtern gegängelt, kontrolliert, bis ins Mark durchleuchtet und in „Bildungs-/Beschäftigungs-“ Maßnahmen gesteckt, um den alltäglichen Druck auf sie aufrecht zu erhalten. Eine Gesundheits- und Altersvorsorge, die zunehmend im Dienste der Profitvermehrung steht und nur für den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung befriedigend ist, sowie die spürbare Erhöhung der Preise für Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel, Wohnraum und Energie, runden den sozialen Kahlschlag ab. Wenn in der Zeitung steht, dass jeder und jede in Deutschland im Durchschnitt ein Privatvermögen von 83 000 Euro hat, dann hat das offensichtlich nichts mit einer gerechten Reichtumsverteilung zu tun. Vielmehr ist es so, dass eine winzige Minderheit unvorstellbar viel besitzt, während die große Mehrheit nicht nur keinen Zugang zu den wesentlichen Ressourcen hat, sondern sogar immer weiter enteignet wird.

### ...gegen die Krisenpolitik...

Die aktuellen Zuspitzungen sind weder Zufall, noch werden sie willkürlich von den wirtschaftlich und politisch Mächtigen durchgesetzt. Sie sind Ausdruck einer tiefgreifenden weltweiten Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Der deutsche Staat und die ansässigen Konzerne verschlechtern die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen hier unter dem Stichwort der „Standortsicherung“ stetig, um im inter-

nationalen Vergleich konkurrenzfähig zu bleiben. Auf der anderen Seite werden aktuell vor allem wirtschaftlich schwächere Staaten wie Griechenland oder die Ukraine mit Druck dazu bewegt, ihre Märkte nach außen für deutsches Kapital zu öffnen. Die angeblichen Finanzhilfen für diese Länder, bedeuten in Wirklichkeit noch stärkere Abhängigkeit und eine Ausweitung der sozialen Misere. Sie sind an Spardiktate gebunden, die gerade im Bereich der Sozialausgaben massive Kürzungen vorsehen. Zugleich werden ehemals staatliche Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge für schnelles Geld an private Investoren verkauft, deren Zielsetzung selbstverständlich eine hohe Profitrate, statt einer stabilen Versorgungslage ist. Die EU ist für die Herrschenden in der BRD dabei ein zentrales Mittel, um ihre Interessen durchzusetzen.

Schnell wird deutlich: die deutsche Machtpolitik hat wenig mit den wirklichen Belangen der lohnabhängigen Bevölkerung – in egal welchem Land – zu tun.

### ...des Kapitals!

Ein wirkliches Interesse an den politischen und wirtschaftlichen Zuspitzungen hat lediglich die herrschende und besitzende Klasse, die über Produktionsmittel verfügt und alles der Profitlogik unterwirft. Sie bestimmt was und wie produziert wird und eignet sich den geschaffenen Reichtum an. Was zählt ist der Profit – sozialer Fortschritt oder ökologische, nachhaltige Produktion spielen nur eine untergeordnete Rolle oder werden gar als Hindernis gesehen. Ein Beispiel dafür ist das geplante Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA: wenn es nicht durch breiten Widerstand verhindert wird, hätten Konzerne hier sogar die Möglichkeit Länder zu verklagen, die durch ihre Gesetzgebung gewisse soziale oder ökologische Standards beibehalten wollen.

In den vergangenen Jahren ist die Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Klassen, mit völlig entgegengesetzten Interessen, auch im vergleichsweise reichen Europa, immer offensichtlicher geworden: gerade in Ländern wie Griechenland oder Spanien stehen die Verarmung großer Teile der Bevölkerung, Massenarbeitslosigkeit, sprunghaft steigende Mieten und Sozialabbau, den riesigen Gewinnen einer kleinen Minderheit aus – häufig deutschen – Inhabern von großen Konzernen und Banken gegenüber. Zwar ist die Situation in Deutschland noch lange nicht so dramatisch wie in den Ländern des südlichen Europas, aber die Angriffe auf unsere Lebensbedingungen nehmen auch hier immer umfangreichere Formen an. Der Kampf der herrschenden und besitzenden Klasse gegen die Klasse der Lohnabhängigen ist also tägliche Realität. Am 1. Mai treten wir deshalb für einen Klassenkampf von unten ein!

### Der revolutionäre 1. Mai steht für internationale Solidarität und Kampf gegen Spaltung und Rassismus.

Das heißt für uns, dass wir uns nicht trennen lassen dürfen in MigrantInnen und Einheimische, in Muslime und Nicht-Muslime, in Festangestellte und LeiharbeiterInnen oder Frauen und Männer. Wir müssen zusammen stehen gegen rassistische Hetze, egal ob sie von der faschistischen NPD, oder SPD-Mitglied Thilo Sarrazin kommt.

Das bedeutet auch, mit fortschrittlichen Kämpfen solidarisch zu sein, egal ob sich in Belgien die ArbeiterInnen gegen die Schließung des Ford-Werks in Genk wehren, oder sich die Lohnabhängigen in Griechenland gegen die Spardiktate der EU zur Wehr setzen.

Ebenso gilt es die selbstorganisierten Kämpfe von Flüchtlingen und Asylsuchenden, wie etwa in Hamburg, als Teil unserer Kämpfe zu unterstützen. Gegen die Brutalität der Festung Europa, die im Mittelmeer jährlich Hunderte ertrinken lässt und rassistische Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte stellen wir die Perspektive einer solidarischen Welt ohne koloniale und kapitalistische Ausbeutung.

Internationale Solidarität heißt außerdem sich nicht zwischen zwei Übeln entscheiden zu müssen: So beziehen wir uns im Fall von Syrien weder auf das Assad-Regime, noch auf islamistische Banden, die hier von Medien als „Revolutionäre“ bezeichnet werden, sondern unterstützen die fortschrittlichen Teile der dortigen Bevölkerung. So zum Beispiel die Menschen, die am demokratischen Aufbauprozess in Rojava, einer kurdisch

geprägten Region in Nord-Syrien, teilhaben. Dort nimmt die Bevölkerung ihr Schicksal in die eigenen Hände, errichten Strukturen der Selbstverwaltung und werden deshalb von der Türkei und den imperialistischen Mächten aus dem Westen bekämpft, indem z.B. die Grenzen für Hilfsgüter und Medikamente gesperrt werden.

### Der revolutionäre 1. Mai steht für die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Entscheidend ist nicht der Anteil von Frauen in der Chefetage von Großkonzernen, sondern die Situation des Großteils aller Frauen die häufig immer noch schlechtere Arbeitsbedingungen als ihre männlichen Kollegen vorfinden. Wir wenden uns dagegen, dass lohnabhängige Frauen oft in schlecht bezahlten Jobs arbeiten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist daher eine wichtige Tagesforderung. Wir wenden uns gegen Zuschreibungen, dass Frauen dies tun sollen, weil sie Frauen sind und Männer jenes, weil sie Männer sind. Die Benachteiligung aufgrund des Geschlechts ist aber nichts, was mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln von heute auf morgen verschwinden würde. Vielmehr sind patriarchale Strukturen sehr langlebig und müssen heute schon in unseren Kämpfen ständig angegangen werden.

### Der revolutionäre 1. Mai steht für Frieden und den Kampf gegen den Militarismus.

Nur die Rüstungskonzerne und die herrschende Klasse gewinnen bei Kriegen, die Lohnabhängigen zahlen dagegen den Preis: für Aufrüstung werden Abermillionen an Steuergeldern verschwendet und in Schulen werden Soldaten morden, ermordet werden und nicht selten schwer traumatisiert von Einsätzen zurückkommen. Dass es bei den weltweiten Kriegseinsätzen der Bundeswehr nicht um Menschenrechte geht, macht auch das Beispiel von Oberst Georg Klein deutlich: Er war verantwortlich für die Bombardierung eines Tanklastzuges in Afghanistan, bei der 2009 mehr als 100 Zivilisten starben. Die Ermittlungen gegen ihn wurden eingestellt und vor einem Jahr wurde er schließlich zum General befördert. Mit dieser Entscheidung wird insbesondere angehenden Rekruten deutlich gemacht, dass Verbrechen bei Kriegseinsätzen im Ausland nicht von Strafverfolgung bedroht sind. Massenmord ist kein Hindernis auf der Karriereleiter der Bundeswehr.

Aber nicht nur im Ausland ist die Bundeswehr das Werkzeug der herrschenden Klasse. Auch im Inland wird das Militär zukünftig beispielsweise bei sozialen Unruhen zum Einsatz kommen können: Im letzten Jahr wurde das mit einer Mehrheitsentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ermöglicht.

### Der revolutionäre 1. Mai steht insbesondere für die Überwindung des Kapitalismus.

Der weltweite Kapitalismus ist für einen großen Teil der Menschheit eine Katastrophe: Außer Krieg, Hunger, Armut und Umwelterstörung hat er nur für eine kleine Minderheit materielle Vorteile zu bieten. Wir organisieren uns deshalb für die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Reichtümer allen zu Gute kommen und Freiheit mehr ist, als die Freiheit andere auszubeuten. Das Ziel ist eine Gesellschaft, in der nicht mehr für den Profit, sondern für das Wohl der gesamten Gesellschaft Güter hergestellt werden. Auch geht es uns um eine Gesellschaft, in der Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der Religion der Vergangenheit angehören. Die sozialistische Gesellschaft, für die wir kämpfen, ist nur der erste Schritt hin zu einer befreiten Gesellschaft, dem Kommunismus. Der Weg dahin ist voller Hürden und Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen, doch die Zeit ist längst reif, das veraltete System namens Kapitalismus abzuschaffen und das Tor zu einer selbstbestimmten Zukunft zu öffnen.



# „Sozialschmarotzer“ oder KollegInnen? Internationaler Klassenkampf statt Nationalismus!

Seit dem 1. Januar 2014 gilt für alle EU-Bürger, auch aus Rumänien und Bulgarien, die volle EU-Freizügigkeit; das heißt sie dürfen überall innerhalb der EU arbeiten und Arbeit suchen. Und schon tönt es aus CSU-Kreisen, dass Roma und Sinti „fortgesetzten Missbrauch der europäischen Freizügigkeit durch Armutszuwanderung“ betreiben. „Wer betrügt, der fliegt“, damit meint die CSU nicht etwa den 27 Mio-Steuerbetrug von Ulli Hoeneß und anderen. Nein! Hier wird in offener, rassistischer Manier gegen MigrantInnen gehetzt. Eine Absicht dieser rechtspopulistischen Argumentation ist es, rechts neben der CSU Stimmen für die EU-Wahlen Ende Mai abgreifen zu können. Der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und der NPD soll das Wasser abgegraben werden. Um ihre Macht zu erhalten gehen Seehofer und Co so weit nach rechts, wie sie es für notwendig erachten. „Rente für die Oma statt für Sinti und Roma“, ein faschistischer NPD-Wahlkampfslogan, unterscheidet sich da nur noch geringfügig von der rassistischen CSU-Hetze.



Nicht nur in der Fleischindustrie werden osteuropäische Subunternehmen genutzt um Tarifverträge zu umgehen. Die Folge: Stundenlöhne zwischen 3 und 6 Euro.

Ein anderes willkommenes Ergebnis dieses Rassismus besteht darin, deutsche KollegInnen gegen ausländische KollegInnen aufzuhetzen, um gemeinsame Kämpfe gegen niedrige Löhne, miese Arbeitsbedingungen und die Abwälzung der europäischen Wirtschaftskrise auf die Lohnabhängigen hier und in anderen Ländern zu verhindern. Wir sollen uns gegenseitig die Köpfe einschlagen, statt die Verantwortlichen und Profiteure in den Chefetagen der Konzerne und Banken zur Rechenschaft zu ziehen.

## Wer ist hier Betrüger?

### Die Lügen der rechten Hetzer

Wenn es um angebliche Argumente gegen die Zuwanderung von Menschen aus Osteuropa geht, ist den bürgerlichen Hetzern von CSU und AfD und ihren faschistischen Pendanten der NPD keine Lüge zu billig. Zwar ist es grundsätzlich absolut verständlich, wenn Menschen in Deutschland Sozialleistungen beantragen, um so dem materiellen Elend ihrer Heimatländer zu entfliehen. Dass dies tatsächlich massenhaft geschehen würde, entbehrt aber jeder Grundlage:

Nur 10% der in Deutschland lebenden Rumänen und Bulgaren beziehen Hartz IV-Leistungen. Dies sind 0,6% aller Hartz IV-Bezieher.

Das ist schon nicht sonderlich viel, verschwiegen wird dabei aber auch noch, dass „es sich bei den gegenwärtig 27.000 bulgarischen und rumänischen Arbeitslosengeld-II-Empfängern keineswegs um Vollbezieher, sondern hauptsächlich um >>Aufstocker<< handelt, das heißt Menschen, die sich und ihre Familie nicht ernähren können, obwohl sie arbeiten. Tatsächlich sind hier zahlreiche Bulgaren und Rumänen als Leiharbeiter bzw. Werkvertragsarbeiter tätig und erhalten kaum mehr als einen Hungerlohn.“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, Feb.14, „Armutsimport?: Wer betrügt hier wen“)

### Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge!

Selbstverständlich wird es unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen und insbesondere in der anhaltenden Krise weiterhin Arbeitsmigration und Armutszuwanderung nach Deutschland geben. Ursachen hierfür sind maßgeblich die Einführung eines großen Niedriglohnssektors in der BRD durch die SPD/Grünen-Regierung 1998. Alle darauf folgenden Regierungen haben diese Politik nahtlos weitergeführt. Dies ermöglichte den deutschen Konzernen eine beispiellose Exportoffensive, die die Industrien in Süd- und Osteuropa kaputt konkurriert hat. Eine Zeit lang konnten diese Länder ihr großes Handelsbilanzdefizit über Schulden bei deutschen, französischen und anderen Banken ausgleichen, bis die Bombe der Euroschulden-Krise platzte. Jedesmal - durch niedrige Löhne, durch Exporte und durch die Zinsen für die Schulden - profitieren die großen Konzerne und Banken in Deutschland und Europa. Die Folgen bekommen nicht nur die KollegInnen in diesen Ländern schon seit Jahren auf grausame Art und Weise zu spüren, sondern jetzt in abgeschwächter Form auch die Lohnabhängigen in Deutschland.

### Beispiel Fleischindustrie

Die Betriebe der Fleischindustrie reduzieren seit Jahren ihre Stammebeschäftigten und holen sich über Zeitarbeitsfirmen, Werkverträge und Subunternehmen osteuropäische und südeuropäische KollegInnen und bezahlen sie wie billige Lohnarbeitssklaven. Dabei nutzen sie die Entsenderichtlinie der EU, nach der ArbeiterInnen bis zu 24 Monaten unter den Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Herkunftsländer hier arbeiten können. Während Facharbeiter mindestens 9,71 € in der Stunde verdienen, bekommen Werkvertragsler laut der Gewerkschaft NGG zwischen 3 und 6 €. Durch diese Dumpinglöhne ist es der deutschen Fleischindustrie mit ihren führenden Konzernen (Tönnies 4,6 Mrd. € Jahresumsatz, Vion Food Germany 3,9 Mrd. €, PHW-Gruppe mit Wiesenhof 2,2 Mrd. €) gelungen, den europäischen Fleischmarkt aufzurollen. Deutschland hat sich vom ehemaligen Fleischimporteur zum führenden Fleischexporteur in Europa gewandelt.

Das Beispiel Fleischindustrie zeigt gut, wie Konzerne mit Hilfe der Hartz I-IV und der europäischen Gesetzgebung Löhne absenken, ihre Exporte und Profite steigern können, damit die Märkte in anderen Ländern kaputt machen und Armuts- bzw. Arbeitsmigration nach Deutschland verursachen.

**Antirassismus der SPD und der deutschen Arbeitgeberverbände**  
Allgemein profitiert das deutsche Kapital also von der „Freizügigkeit“. Das ist auch der Grund, weshalb sich Parteien wie die SPD und die deutschen Arbeitgeberverbände ganz modern antirassistisch geben. „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ sei „ein wichtiger Beitrag um die Anerkennungs- und Willkommenskultur in Deutschland zu stärken“, heißt es beim Arbeitgeberverband BDA. Einen Grund zur Panikmache gebe es nicht: „Übertriebene Befürchtungen über massenhafte Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme hat es bereits bei der ersten Freizügigkeitsregelung für die acht mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten gegeben. Nichts davon hat sich bewahrt.“ Was bedeutet der „Antirassismus“ einer neoliberalen SPD und des deutschen Kapitals? Es ist ihnen schlichtweg scheißegal, wen sie ausbeuten und an wem sie profitieren, ob an rumänischen, bulgarischen oder deutschen KollegInnen.

**Ausblick**  
CSU-Rassismus oder neoliberale Standort- und Wettbewerbslogik, die Menschen nur nach ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit messen, kann für uns Lohnabhängige - egal welcher Nation - keine Alternative sein. Wir müssen auf unsere eigene Stärke, auf unsere eigene Organisation bauen und zwar international!  
Berechtigte Tagesforderungen nach Lohnerhöhungen, einem möglichst hohen Mindestlohn oder höheren Steuern für Reiche, können dabei Schritte auf dem Weg in die richtige Richtung sein. Aber sie werden –

## Mindestlohn als Lösung?

Selbst manche bürgerliche Medien und Politiker halten Löhne von weniger als 8 Euro für einen Skandal und wollen deshalb eine „Lohnuntergrenze“ einführen. Die Forderung eines gesetzlichen Mindestlohns oder einer größeren Besteuerung von Kapital und Vermögen sind sicherlich unterstützenswert. Die in der großen Koalition von der SPD durchgesetzten 8,50 € sind aber nichts anderes als die Festschreibung eines Armutslohns. Er liegt deutlich unter dem – ebenfalls niedrigen - Niveau vergleichbarer westeuropäischer Staaten (Frankreich 9,43 €, Belgien 9,10 €, Niederlande 9,01€). Darüber hinaus hing die Lohnhöhe nie davon ab, welche Partei gerade an der Regierung ist, sondern wie stark und kämpferisch die Gewerkschaften in den Betrieben sind. Es wird unsere Aufgabe sein, die Gewerkschaftsführungen zu zwingen von ihrem neoliberalen SPD-Kurs und ihrem deutschen Standort- und Wettbewerbsdenken abzulassen. Stattdessen müssen wir einen gewerkschaftspolitischen Kurs von unten durchzusetzen, der geprägt ist vom Gedanken der internationalen ArbeiterInnen-solidarität, im Interesse aller KollegInnen, egal aus welchen oder in welchen Ländern sie arbeiten.

selbst wenn sie erfolgreich erkämpft werden - die Ursache dafür, dass sich auf der einen Seite Reichtum und Besitz in immer weniger privaten Händen konzentriert und auf der anderen Seite sich immer mehr Armut und Elend ausbreitet, nicht beseitigen können. Die EU und darin die bestimmende Macht der bundesdeutschen Regierung, der deutschen Banken und Konzerne sind und bleiben ein kapitalistisches Gebilde, das auf Konkurrenz, Export, Profit und Ausbeutung basiert. Es kann nicht mit ein paar Reförmchen hier und da verbessert werden. Es kann nur grundlegend und das heißt auf revolutionärem Wege überwunden werden.

# Bosnien-Herzegowina: Sozialer Aufstand im Schatten der Ukraine

Während sich die bürgerlichen Medien fast ausschließlich den vom Westen befeuerten bürgerkriegsähnlichen Zuständen in der Ukraine widmen, halten seit Wochen Demonstrationen und Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und der Polizei in Bosnien-Herzegowina die dortigen Herrschenden auf Trab. Zwar ähneln sich die in den Medien publizierten Bilder der beiden Länder, die handelnden Akteure unterscheiden sich jedoch grundlegend. Sind es in der Ukraine die konkurrierenden imperialistischen Interessen von EU und Russland, die sich gerade nach dem Umsturz wahlweise in faschistischer Straßengewalt gegen Linke und Andersdenkende oder in Form von russischer Militärpräsenz im Osten des Landes äußern, haben die Auseinandersetzungen in dem Balkanland einen anderen Charakter. Die Trennlinie der Akteure verläuft hier zwischen unten und oben. Ihren Ausgangspunkt haben die Proteste im Kampf von FabrikarbeiterInnen gegen die Privatisierung staatlicher Betriebe in Tuzla, der drittgrößten Stadt Bosnien-Herzegowinas.

Die Forderungen dieser ArbeiterInnen nach ausstehenden Löhnen und die Ablehnung der vollzogenen Privatisierung der ehemals staatlichen Fabriken ist nicht neu, die teils militanten Massenproteste schon. Bereits seit über einem Jahr demonstrierten die ArbeiterInnen in Tuzla mit monatlichen Mahnwachen gegen die Privatisierungsmaßnahmen der Regionalregierung, Anfang 2014 solidarisierten sich dann Arbeitslose und Jugendliche mit ihren Positionen. Nachdem die am 4. Februar auf einer

Demonstration in Tuzla gestellten Forderungen nach dem Rücktritt der Kantonsregierung wirkungslos blieben, versuchten drei Tage später mehrere tausend Menschen zum Sitz der Regierung in Tuzla zu ziehen, um diesen Nachdruck zu verleihen. Als sie daran von der Polizei gewaltsam gehindert wurden, verlagerte sich der Protest auf die gesamte Stadt.

Im Ergebnis wurden mehrere Verwaltungs- und Regierungsgebäude niedergebrannt. Der Kämpfe vom 7. Februar 2014 können als Ausgangspunkt für einen Flächenbrand gesehen werden, der sich seitdem auf über 30 größere Städte - darunter die Hauptstadt Sarajewo - ausgebreitet und als Konsequenz den Rücktritt von bisher vier der elf Regionalregierungen gefordert hat. Der Versuch der politischen Elite den Konflikt, ähnlich wie bereits bei der gewaltsamen Zerschlagung Jugoslawiens und der anschließenden kapitalistischen Umgestaltung des Landes, zu ethnisieren scheiterte bisher. Als Reaktion auf spaltende Äußerungen einiger Exponenten griffen die Protestierenden die Sitze der beiden größten nationalistischen Parteien an und brannten sie nieder.

Dass die aktuellen Proteste insbesondere die Korruption der politischen Elite in Bosnien-Herzegowina thematisieren und die undemokratischen Entwicklungen im Land anprangern, hat gute Gründe. Während knapp ein Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt und die allgemeine Arbeitslosenquote bei knapp 40 Prozent liegt, leistet sich das Land aufgr-

und seines Charakters als Vielvölkerstaat, neben drei Präsidenten und 11 Regionalregierungen, auch etwa 100 Minister. Die Proteste beschränken sich aber nicht auf die Kritik des maroden und korrupten Regierungssystems. Als erstes Ergebnis der noch jungen Bewegung haben sich sogenannte „Volksplena“ etabliert. Bei diesen basisdemokratischen Zusammenkünften diskutieren die Menschen die sie betreffenden Angelegenheiten und Probleme und arbeiten gemeinsam Lösungen aus. Allerdings haben

zu fürchten. Ihr Vertreter in Bosnien-Herzegowina ist der sogenannte „Hohe Repräsentant“, ein in neokolonialer Manier im 1995 unterzeichneten Friedensvertrag plazierter EU-Diplomat mit Rechten eines defacto Staatschefs. So brachte der Österreicher Valentin Inzko, der aktuell dieses Amt bekleidet, als Reaktion auf die anhaltenden Proteste den Einsatz von EU-Truppen ins Gespräch. Dass er damit nicht alleine dasteht, zeigen die Äußerungen eines hohen Polizeibeamten der Bosnischen Föderation, der



Kämpfe gegen Fabrikprivatisierungen Anfang Februar 2014 in Bosnien-Herzegowina lösen landesweit, militante Kämpfe aus. Regierungsgebäude werden angezündet, mehrer Politiker müssen zurücktreten.

die Proteste in Bosnien-Herzegowina bisher nur rudimentär einen anti-kapitalistischen Charakter. So stellt die Forderung der ArbeiterInnen von Tuzla nach der Rückgabe der Fabriken in ArbeiterInnenkontrolle bisher eine Ausnahme dar.

Nichtsdestotrotz scheint die Europäische Union, durch Demonstrationen und Auseinandersetzungen beunruhigt, um die Früchte ihrer Investitionen

bei fortgesetzten Protesten eine bewaffnete Intervention der „internationalen Gemeinschaft“ forderte.

Ganz anders die Haltung zu den Auseinandersetzungen in der Ukraine: Während am Maidan-Platz die Straßenschlachten tobten, kritisierten westliche Politiker und Medien einstimmig, die Gewalt der Polizei. Offen stellten sie sich auf die Seite der Demonstranten, deren harter Kern in der Ukraine aus organisierten Faschisten besteht. Selbst jetzt, nachdem der korrupte Präsident Janukowitsch geflohen ist und die neue Regierung anfängt die Neonazis des „Rechten Sektors“ in den Staatsdienst zu integrieren, erfolgt aus Europa keinerlei Distanzierung, sondern im Gegenteil direkte Unterstützung.

Die völlig unterschiedliche Behandlung der Proteste in der Ukraine und in Bosnien, ergibt sich selbstverständlich aus den wirtschaftlichen und politischen Zielen des europäischen Kapitals in beiden Ländern. Während die Protestbewegung in der Ukraine im Kern die Interessen westlicher Konzerne vertritt, steht die Bewegung in Bosnien diesen direkt entgegen.

Der Kampf der Menschen in Bosnien-Herzegowina gegen die Korruption ihrer Eliten, für mehr Demokratie und zum Teil für die Kontrolle der Fabriken durch die ArbeiterInnen, zeigt einmal mehr, dass der Kapitalismus abgewirtschaftet hat. Außer die Folgen der kapitalistischen Krise auf uns Lohnabhängige abzuwälzen, hat dieses System nirgends mehr etwas zu bieten.

Es gilt deshalb nicht nur sich mit gerechtfertigten Kämpfen, wie denen in Bosnien solidarisch zu erklären, sondern auch aus den Erfahrungen die in Klassenauseinandersetzungen anderer Länder gewonnen wurden zu lernen und diese in unsere Kämpfe einzubringen.

## Solidarität

mit den Antifaschist\*innen in der Ukraine

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
Sparkasse Göttingen  
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
BIC: NOLADE21G0E

Kontonummer: 56036239  
BLZ: 260 500 01

Stichwort: Antifa Ukraine

ROTE HILFE e.V.

jungeWelt

Die Spenden werden linken Zusammenschlüssen in der Ukraine für Gefangenenhilfe, Unterbringung, Rechtsbeistand, medizinische Versorgung sowie Kampagnen gegen die Repression zur Verfügung gestellt. Wir rufen dazu auf, unsere Genoss\*innen in der Ukraine in ihrem Kampf gegen die staatliche Repression und den rechten Terror politisch und materiell zu unterstützen.

**Unsere Solidarität gegen ihre Repression!**

# 100 Jahre Erster Weltkrieg

## Organisierter Massenmord und Widerstand

Vor einem Jahrhundert – mit der Kriegserklärung an Russland am 1. August 1914 – begann Deutschland den Ersten Weltkrieg. Mehr als 70 Millionen Soldaten aus 40 Staaten kämpften bis zum November 1918 auf der ganzen Welt in dem bis dahin größten Krieg in der Geschichte der Menschheit. Durch den Einsatz neuartiger Waffen wie Giftgas erlebten vor allem die Soldaten in den Schützengraben Europas die Hölle auf Erden. Während manche vor Kriegsausbruch Illusionen über „ritterliche Kämpfe“ hatten, mussten sie feststellen, dass sie in einem riesigen Menschenschlachthaus gelandet waren: so starben z.B. bei der Schlacht an der Somme (Nordfrankreich), die im Juli 1916 begonnen und im November 1916 ergebnislos abgebrochen wurde, insgesamt über eine Million deutsche, britische und französische Soldaten. Mehr als 20 Millionen Menschen verloren insgesamt ihr Leben, darunter 10 Millionen ZivilistInnen, die fern der Front verhungerten oder an den Folgen mangelnder medizinischer Versorgung zugrunde gingen.

Ursache des Krieges war das Machtstreben der imperialistischen Großmächte, wobei Deutschland hier eine besondere Rolle spielte: bei der Aufteilung und Ausplünderung der Welt "zu kurz gekommen", besaß es im Gegensatz zu England und Frankreich keine wertvollen Kolonien, versuchte aber dennoch seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer Weltmacht zu werden. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war die Hauptverantwortung des Deutschen Kaiserreichs für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs weitgehend anerkannt worden. Doch pünktlich zum 100. Jahrestag soll die Geschichte umgeschrieben werden: Das Buch „Die Schlafwandler“ des australischen Historikers Christopher Clark wird von allen Medien landauf, landab gefeiert. Seine zentrale Behauptung: nicht das Deutsche Reich trägt die Hauptschuld, sondern alle Großmächte haben irgendwie Schuld gehabt und seien eben wie Schlafwandler in den Krieg „hineingestolpert“. Warum ein fragwürdiges Geschichtsbuch so viel Beachtung erfährt liegt auf der Hand: 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs ist Deutschland wieder eine europäische Großmacht, die durch weltweite Bundeswehrkriegeinsätze schon seit Ende der 90er Jahre klar stellt, dass die Zurückhaltung der Nachkriegszeit endgültig vorbei ist. Als Bundespräsident Gauck kurz nach seinem Amtsantritt sagte „Dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft nur schwer zu ertragen“, empörte er sich letztendlich über mangelnde Kriegsbereitschaft in der deutschen Bevölkerung.

Doch egal ob Kriege mit dem „Einsatz für Menschenrechte“ verharmlost werden oder als Präventivschlag gegen einen angeblich bevorstehenden Angriff Russlands wie 1914 – Kriege werden immer für Einflusszonen und Absatzmärkte der Kapitalisten geführt.

Dass es im Sommer 1914 bei Ausbruch des Krieges nicht zu einem europaweiten Generalstreik und Massenprotesten gekommen ist, ist eine große Niederlage in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren Millionen Männer und Frauen in ganz Europa in sozialistischen Parteien organisiert. Auf großen internationalen Konferenzen – den Treffen der Sozialistischen Internationale – beschwor man den Willen zum Frieden, kritisierte den zunehmenden Militarismus und beschloss sich einem möglichen Krieg entgegenzustellen. Als dann tatsächlich Deutschland am 1. August 1914 Russland den Krieg erklärte, war es die größte sozialistische Partei Europas, die damalige SPD, die sich in der Mehrheit von der Propaganda vom „Verteidigungskrieg“ gegen das „Joch des Zarismus“ einullten ließ. Zu Kriegsbeginn wurden von der SPD-Fraktion im Reichstag die Kriegskredite bewilligt, erst im Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht dagegen. Während der SPD-Parteivorstand auf eine „Burgfriedenspolitik“ setzte, also freiwillig keinerlei Widerstand gegen den Krieg leistete, wuchs der Widerstand an der Basis gegen diesen Kurs, so dass sich letztendlich im April 1917 die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) von der MSPD (Mehrheits-SPD) abspaltete. Eine der aktivsten im Widerstand gegen den Krieg war die

marxistische Spartakusgruppe, der linke Flügel der USPD. Sie organisierte Kundgebungen, Demonstrationen, Spendensammlungen, veröffentlichte Flugblätter und Zeitungen und verübte direkte Aktionen gegen die Kriegsindustrie. Die Spartakisten und die USPD insgesamt, spielten auch



Demonstrationen und direkte Aktionen gegen die Kriegsindustrie: Mit der Novemberrevolution endet der 1. Weltkrieg in Deutschland

eine wichtige Rolle bei der Novemberrevolution in Deutschland. Nachdem bereits die Oktoberrevolution 1917 in Russland dem Krieg für die russische Bevölkerung ein Ende setzte und im Oktober 1918 die aussichtslose Lage des deutschen Militärs immer offensichtlicher wurde, begann Anfang November mit dem Kieler Matrosenaufstand auch von Seiten der Soldaten der aktive Widerstand gegen Krieg und Monarchie. Wie ein Lauffeuer verbreiteten sich Aufstände, Streiks und Massendemonstrationen in Deutschland. Es bildeten sich darüber hinaus in nahezu allen größeren deutschen Städten "Arbeiter- und Soldatenräte", bis schließlich am 9. November 1918 die Republik ausgerufen wurde. Während die Mehrheits-SPD kurze Zeit später mit rechten Kräften paktierte, gründeten sozialistische KriegsgegnerInnen unter maßgeblicher Beteiligung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Ende Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Der Widerstand gegen Krieg und Militarismus, das Eintreten für eine revolutionäre Überwindung des Kapitalismus fand hier seinen organisierten Ausdruck.

Auch heute ist der antimilitaristische Widerstand noch von herausragender Bedeutung für linke Bewegungen auf der ganzen Welt. Kriege werden immer mehr zur Normalität erklärt und auch für die herrschende Klasse und ihre politischen VertreterInnen in Deutschland sind die Zeiten längst vorbei, in denen ein Kriegseinsatz des deutschen Militärs ein Tabubruch darstellt. Im Gegenteil: Kriege zu führen wird immer mehr eine offene Option, wenn die heutigen Imperialisten ihre Pfründe in Gefahr sehen. Dagegen muss im Sinne von Karl Liebknechts Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ eine kontinuierliche Arbeit organisiert werden. Darüber ziehen wir aus der Geschichte den Schluss, dass über den unmittelbaren Widerstand gegen Krieg und Militarismus hinaus, der Aufbau einer revolutionären Organisation notwendig ist. Denn Krieg ist untrennbarer Bestandteil des Kapitalismus und nur seine Überwindung erlaubt den Aufbau einer friedlichen und gerechten Welt.

# Lampedusa, steigende Mieten und Polizeikontrollen

## Ein Rückblick auf die Proteste in Hamburg im Dezember und Januar

Am 7. Januar 2014 flimmerte sie über die Bildschirme. Deutlich guckte sie aus dem Rucksack des jungen Mannes, der da vor der Kamera der Tagesthemen von der Polizei durchsucht wurde: die Klobürste. Mit ihr hatten sowohl bürgerliche Medien als auch AktivistInnen ein Symbol für die soziale Bewegung gefunden, die in Hamburg (aber auch darüber hinaus) über Wochen die Schlagzeilen dominierte. Vom Sommer 2013 bis Ende Januar 2014 gab es eine politische Stimmung in der Hansestadt, die in regelmäßigen Demonstrationen, Mahnwachen aber auch gezielten Angriffen auf die Polizei ihren Ausdruck fand – doch der Reihe nach...

Am Anfang stehen drei Schlagworte, die in Hamburg zum Teil schon seit Jahren die linke Szene umtreiben: Rote Flora, Lampedusa und Esso-Häuser.

Die Rote Flora ist ein seit 24 Jahren besetztes linkes Kulturzentrum, das 2000 von der Stadt Hamburg an einen selbsternannten Kulturmäzen verkauft wurde. Damals mit dem Ziel, die existierenden Konflikte mit der Stadt zu entschärfen und das Objekt zu befrieden. Doch seit einiger Zeit versucht der private Investor Klaus Martin Kretschmar, aus der Immobilie Profit zu schlagen. Letztendlich will er das Gebäude – für das er einen lächerlich niedrigen Preis bezahlt hat – gewinnbringend verkaufen.

Hinzu kam ein seit Monaten schwelender Konflikt um eine Gruppe von „Lampedusa“-Flüchtlingen, die im Mai 2013 in der Hansestadt eintraf. Die rund 300 Männer waren vor dem NATO-Krieg in Libyen nach Italien geflüchtet und wurden von dort nach Hamburg weitergeschickt. Ohne Geld und Unterkunft aber mit der Hilfe solidarischer UnterstützerInnen versuchen sie seitdem ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu erkämpfen. Schließlich liegen auch die Gründe ihrer Flucht – der Angriff auf Libyen – in den westlichen Ländern. Die Stadt Hamburg reagierte mit Härte und ordnete rassistische Polizeikontrollen an, um die Flüchtlinge nicht als Kollektiv, sondern einzeln „bearbeiten“ zu können.

Ein weiteres Thema, das vielen HamburgerInnen auf der Seele brannte, waren die so genannten Esso-Häuser. Ein Häuserkomplex mit 110 Wohnungen direkt an der Reeperbahn. 2009 wurde der Komplex von einem privaten Investor übernommen. Das Ziel: Abriss der Essohäuser und Bau neuer Häuser – mit deutlichem Anstieg der Mieten. Um die Bewohner von dieser „Lösung“ zu überzeugen tat der neue Besitzer – nix. Er ließ die Wohnungen einfach verkommen. Ihr Abriss steht symbolisch für die Zerstörung bezahlbaren Wohnraums, eine Kommerzialisierung öffentlichen Raums und die Luxussanierung ganzer Stadtteile. Der Kampf gegen Gentrifizierung der von unzähligen Initiativen getragenen „Recht-auf-Stadt-Bewegung“ ist seit Jahren eine der größten politischen Bewegungen Hamburgs.

Alle diese drei Themen waren bereits in der Vergangenheit Arbeitsschwerpunkte linker Gruppen und schon seit Mai des vergangenen Jahres war es immer wieder zu Aktionen und Demonstrationen gekommen. So



Ständige Polizeipräsenz in den betroffenen Hamburger Stadtteilen die Auseinandersetzung um Haus- und Wohnprojekte wird zur Übung für Aufstandsbekämpfung.

demonstrierten beispielsweise am 2.11.2013 15.000 – 20.000 Menschen für das Bleiberecht der Lampedusa-Flüchtlinge.

Als Ende des letzten Jahres diese drei Themen aufeinandertreffen, bildet sich – relativ spontan – eine Dynamik, die es in Hamburg spätestens seit den Auseinandersetzungen um den geräumten Bauwagenplatz "Bambule" 2001 nicht mehr gegeben hat. Die Themenkomplexe wurden von den AktivistInnen miteinander verwoben und es wird gegenseitig Bezug aufeinander genommen. Die Basis dieser Bewegung ist bunt zusammengewürfelt. Von linken AktivistInnen der verschiedensten Spektren bis ins linksliberal-bürgerliche Lager ist die Empörung groß. Und der sozialdemokratische Senat in Hamburg ist überfordert. Anstatt die Proteste einzubinden und mit Zugeständnissen geschickt aufzufangen reagiert er mit Härte. Keine Zugeständnisse – stattdessen Polizei.

Am 21.12.2013 verhinderte die Polizei mit einer fadenscheinigen Begründung eine Demonstration für den Erhalt der Flora, für die monatelang international mobilisiert worden war. Mehrere hundert DemonstrantInnen wurden zum Teil schwer verletzt. Es folgten stundenlange Auseinandersetzungen. Bereits in der Nacht vor der Demonstration war die berühmte Hamburger Davidwache mit einigen Steinen bedacht worden. Einige Tage später behauptete die Polizei, es habe einen weiteren Angriff auf die Davidwache gegeben. Auch wenn davon auszugehen ist, dass dieser Angriff erfunden wurde, wurde er als Vorwand genutzt, um große Teile Hamburgs zu einem so genannten „Gefahrengebiet“ zu erklären – eine Besonderheit des Hamburger Polizeirechts. In solchen Gefahrengebieten sind Grundrechte außer Kraft gesetzt. Die Polizei darf nach eigenem Ermessen Personen kontrollieren, durchsuchen und Platzverweise gegen sie aussprechen. Wobei wir wieder bei der Klobürste wären. Denn getragen von der Stimmung in Hamburg gab es fast täglich Proteste ge-

gen die Einführung der Gefahrengelände. Zu ihrem Symbol wurde der wohl nicht ganz zufällige Fund bei einer Polizeikontrolle: Die Klobürste. So reagierten AnwohnerInnen mit Ironie auf die Schikanen der Polizei und zogen diese ins Lächerliche. Zuletzt attestierte sogar die bürgerliche Presse, dass sich die Polizei nur Hohn und Spott einfuhr. Die Polizei tat das Schlauste, was sie in dieser Situation tun konnte. Sie löste die Gefahrengelände wieder auf. Mit der lächerlichen Begründung sie hätten ihre Aufgabe erfüllt. Mit der Auflösung der Gefahrengelände am 13.01.2014 verlor auch die Hamburger Bewegung an Schwung. Die wochenlangen Proteste gingen ihrem Ende entgegen.



Und genau darin liegt das Problem: die Proteste haben gezeigt, wie schnell sich Unzufriedenheit als politischer Widerstand auf der Straße manifestieren kann. Doch am Ende bleibt nur der Rückblick auf das kurze Aufblühen einer Revolte. Einige politische Gruppen werden sich über neue MitstreiterInnen freuen, andere haben sich durch das brennende Gefühl der Ungerechtigkeit vielleicht politisiert und bleiben auch in Zukunft aktiv. Für die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bleiben die vergangenen Wochen in Hamburg allerdings ein Strohhalm. Am Ende der Proteste stehen viele AktivistInnen da, wo sie auch vor den Protesten standen.

Entgegenwirken kann man dem nur durch eine effektive Organisation, die die grundsätzliche Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Blick hat, tagesaktuelle Themen aufgreift und in einen revolutionären Aufbauprozess integriert. Denn genau so wie die hier genannten gesellschaftlichen Missstände ein Produkt des Kapitalismus sind, sind wir in der Lage, sie grundsätzlich aufzuheben. Wie sangen schon Ton Steine Scherben: „Und du weißt das wird passieren, wenn wir uns organisieren!“

## 17. Mai - Blockupy!

Am 17. Mai finden in Hamburg, Berlin, Düsseldorf und Stuttgart antikapitalistische Demonstrationen statt. Es gilt den Protest gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Klasse der Lohnabhängigen auf die Straße zu tragen. Für ein Europa von unten, gegen ein Europa des Kapitals! Beteiligt euch an den Aktionen!

Infos: [www.blockupy.org](http://www.blockupy.org) | [www.perspektive-kommunismus.org](http://www.perspektive-kommunismus.org)

## Perspektive Kommunismus

Die Perspektive Kommunismus hat sich im April 2014 gegründet. Wir bestehen aus verschiedenen lokal verankerten kommunistischen Gruppen, halten aber eine bundesweite, aktionsorientierte und revolutionäre Organisation für notwendig. Deswegen haben wir uns zusammengeschlossen, um über gemeinsame Debatten und politische Kampagnen die Basis für solch eine Struktur zu schaffen und gemeinsam mit anderen Gruppen zu verwirklichen.

Ein politischer Grundlagentext, Aufrufe zu gemeinsamen Mobilisierungen und Infos zu den beteiligten Gruppen finden sich auf unserer neuen Homepage: [www.perspektive-kommunismus.org](http://www.perspektive-kommunismus.org)

## Terminübersicht zum 1. Mai

### Berlin

**Klassenkämpferischer Block auf der Gewerkschaftsdemo**

9:30 Uhr | Hackerscher Markt

**Revolutionäre 1. Mai Demonstration**

18 Uhr | Lausitzer Platz

### Hamburg

**Antirassistische & Antikapitalistische Vorabenddemo**

30. April | 19 Uhr | Bahnhof Altona

**Klassenkämpferischer Block auf der Gewerkschaftsdemo**

10:30 Uhr | U-Bahn Lohmühlenstraße

### Mannheim

**Antikapitalistischer Block auf der Gewerkschaftsdemo**

10 Uhr | Gewerkschaftshaus

**Danach: Naziaufmarsch in Kaiserslautern verhindern!**

### München

**Antikapitalistische Beteiligung an der Gewerkschaftsdemo**

9:30 Uhr | Gewerkschaftshaus (Schwanthalerstr. 64)

### Stuttgart

**Antikapitalistischer Block auf der Gewerkschaftsdemo**

10 Uhr | Marienplatz

**Revolutionäre 1. Mai Demonstration**

12 Uhr | Schlossplatz

### Villingen-Schwenningen

**Internationalistischer Block auf der Gewerkschaftsdemo**

10 Uhr | Schwenningen Bahnhof

Beteiligte Organisationen:

**Antikapitalistische Linke München** > [www.al-m.org](http://www.al-m.org)

**Linke Aktion Villingen-Schwenningen** > [linkeaktion.blogspot.de](http://linkeaktion.blogspot.de)

**Projekt Revolutionäre Perspektive Hamburg** > [www.prp-hamburg.org](http://www.prp-hamburg.org)

**Revolutionäre Aktion Stuttgart** > [www.revolutionaere-aktion.org](http://www.revolutionaere-aktion.org)

**Revolutionäre Perspektive Berlin** > [perspektive.nostate.net](http://perspektive.nostate.net)

**Rote Aktion Mannheim** > [roteaktion.blogspot.de](http://roteaktion.blogspot.de)

 **perspektive  
KOMMUNISMUS**

[www.perspektive-kommunismus.org](http://www.perspektive-kommunismus.org)